

Originalveröffentlichung in: *Gewandeltes Selbstverständnis: Die souveräne Republik Bern, in: André Holenstein (Hg.), Berns mächtige Zeit. Das 16. und 17. Jahrhundert neu entdeckt, Bern 2006, S. 123-129.*

Berner Zeiten

Berns mächtige Zeit



Das 16. und 17. Jahrhundert neu entdeckt

Herausgegeben von André Holenstein,
unter Mitarbeit von Claudia Engler, Norbert Furrer, Heinrich R. Schmidt,
Johanna Strübin Rindisbacher und Andreas Würzler
Redaktion Charlotte Gutscher

Schulverlag bmv AG und Stämpfli Verlag AG
Bern 2006

hatte einen massiven Zustrom hugenottischer Flüchtlinge in die reformierten Orte zur Folge (→ S. 266) und verlieh dort den antifranzösischen Ressentiments starken Auftrieb.

Die von Frankreich militärisch bedrohten Niederländer sahen die ebenfalls exponierten reformierten Orte der Eidgenossenschaft als natürliche Verbündete und hatten sich deshalb schon seit den 1660er Jahren um Truppenwerbungen bemüht. Unter dem Eindruck der Aufhebung des Ediktes von Nantes und des mit dem Pfälzischen Erbfolgekrieg erneut manifest gewordenen Expansionsstrebens Frankreichs gestattete Bern dem niederländischen Gesandten Petrus Valkenier die Werbung von Truppen, ohne indessen einen formellen Kapitulationsvertrag abzuschliessen. Mit niederländischer und englischer Unterstützung setzte Bern den Einbezug von Genf und Neuenburg in den Frieden von Rijswijk durch und erhielt damit neue vertragliche Garantien gegenüber Savoyen und Frankreich.

Als die gesamt Eidgenössische Allianz von 1663 mit Frankreich im Jahre 1723 erlosch, wurde sie von Bern, ebenso wie von den übrigen reformierten Orten, bis 1777 nicht erneuert. Das Sonderbündnis der katholischen Orte von 1715 verpflichtete den König von Frankreich, von Bern und Zürich als Bedingung für die Allianzerneuerung die Restitution der 1712 dem Mitbesitz der katholischen Orte entrissenen Gemeinen Herrschaften zu verlangen. Diese Verpflichtung, die den Allerchristlichsten König gegenüber der Eidgenossenschaft in die Rolle eines katholischen Monarchen rücken liess, stand nun einer Erneuerung der Allianz im Wege. In Bern betrachtete man die militärische Macht Frankreichs mit Unbehagen. Dennoch traten auch im 18. Jahrhundert führende Patrizier in dessen Dienste und steckten das dabei verdiente Geld nach der Rückkehr in prachtvolle Bauprojekte, die dem zeitgenössischen französischen Geschmack folgten.

Zum Selbstverständnis der Macht

Thomas Maissen

Gewandeltes Selbstverständnis: die souveräne Republik Bern

Die europäische Mittelmacht Bern kann ihre im Spätmittelalter erlangte Position bis zum Ende des Ancien Régime bewahren, wogegen die einst ähnlich stolzen und unabhängigen Kommunen in Italien, in Flandern und im Reich an relativer Bedeutung massiv verlieren oder gar mediatisiert werden. Gleichzeitig passt sich die Stadt im Selbstverständnis und in der Selbstdarstellung einer Epoche an, in welcher Herrschaft allmählich nicht mehr als Privileg gesehen wird, das von einer Universalmacht – dem Kaiser – verliehen wird, sondern als Kompetenz, welche die Herrschenden aus sich selbst schöpfen und durch erfolgreiche Ausübung legitimieren: die Souveränität.¹ Diesen Übergang demonstrieren die Staatssymbole. Zeichen der traditionellen reichsstädtischen Freiheit ist in der Schweiz der kaiserliche Doppeladler, häufig in Form der Wappenpyramide über dem doppelten Wappen des jeweiligen Kantons. Noch 1666 wird ein Steinmetz entlohnt, der im Verbindungsbau zwischen dem Rathaus und der Kanzlei dieses *Bern Rych* verfertigt hat.² Auf Münzen begegnet der Doppeladler noch einige Jahrzehnte nach dem Westfälischen Frieden von 1648, der mit der «Exemption» eine – allerdings reichsrechtliche – Loslösung der Eidgenossenschaft aus dem Reichsverband zugestanden hat. Die Kaiserinsignien finden sich zuletzt auf dem Zehnkreuzer von 1669, ehe der Reichsadler gleich zu Beginn der nächsten Prägeperiode 1679 verschwindet (→ S. 451). Nun prangt auf dem Dukaten eine kleine Krone über dem Berner Wappen, und auf dem 3-Dukaten-Stück des folgenden Jahres liegt eine grössere Krone über zwei sich zugewendeten Berner



Abb. 101
Riss zu einer Berner Standesscheibe,
Hans Ganting d. J., Bern, 1625, Feder in
Braun und Braunschwarz, 40,5×31,2 cm,
BHM 20036.584. – Die Wappenpyramide
Bern-Reich mit Berner Bär und Zähringer
Löwe, der in der linken Pranke den
Reichsapfel hält. In der Sockelzone ist
vermutlich die Übergabe der Goldenen
Handfeste durch Kaiser Friedrich II. dar-
gestellt.

Abb. 102
Gedenktafel zur Stiftung des Klosters
Frienisberg 1131, erneuert 1699, Öl auf
Holz, 98,5×75,5 cm, BHM Inv. 926. – Die
Herzogskrone über den beiden Berner
Bären ersetzt als Symbol der Souveränität
die Reichskrone.

Wappen, also in ähnlicher Stellung wie früher der Reichsadler der Pyramide. Auch auf den Wappenscheiben zeigt sich dieselbe Entwicklung: Von 1671 datiert die wohl letzte erhaltene mit einem Doppeladler, 1675 prangt stattdessen eine Krone über dem Berner Bären (Abb. 101 und 102).³

Die Krone wird um 1700 allgemein gebräuchlich, als sie mit der *Feur-Ordnung* erstmals ein Mandat schmückt (Abb. 385). Anfangs wird dabei ein einfacher Blattkronenreif gewählt, später in der Regel wie auch in anderen Stadtkantonen ein Perlenreif mit Blätterkrone und einer (manchmal doppelt) gewölbten Purpurmütze. Diese Form wird von den Zeitgenossen als Herzogskrone gedeutet und stellt, da sie im Reich nicht üblich ist, ein unmonarchisches Zeichen der reinen Souveränität dar.⁴ Eine ähnliche Botschaft findet sich auf dem Giebelfeld der Hauptfront des neuen Kornhauses von 1716 (Abb. 103 f.): Das Auge Gottes wacht über dem gekrönten Wappen, das zwei Bären halten.⁵ Das bedeutet, dass es zwischen Gott und Bern keine Zwischengewalt mehr gibt (wie einst den Kaiser): Die Regierung steht unmittelbar unter dem Allmächtigen. 1730 wird entsprechend für *Criminal Urthlen* der deutschsprachigen Untertanengebiete die alte Formel ersetzt, man urteile *nach Inhalt keyserl. Rechtsens*; nun geschieht dies *nach der Stadt Bern Rechten*. Für die welschen Lande heisst die entsprechende Formel *Selon les Loix et Status de LL. EEx.ces de Berne Nos Soverains Seigneurs*, und zudem wird verordnet, dass das Malefizgericht nicht mehr unter dem Namen *Cour Imperiale* tagen soll, sondern als *Cour Criminelle*.⁶ Das moderne Staatsverständnis, das in solchen Änderungen zutage tritt, verdankt seine entscheidende Ausformulierung dem Werk des Franzosen Jean Bodin (1530–1596), dessen *Six livres de la République* erstmals 1576 erschienen sind. Bodin definiert als erster die Souveränität als wichtigstes Kriterium der Staatlichkeit. Deren Hauptkompetenz sei die uneingeschränkte Gesetzgebung, denn sie umfasse letztlich auch die anderen Hoheitsrechte, namentlich das exklusive Recht, Krieg zu führen und Bündnisse oder Frieden zu schliessen, die Einsetzung von Regierung und Beamten, die Entscheidung als höchstrichterliche Berufungsinstanz und das Begnadigungsrecht.⁷ Bis dahin hat man unter *souverain seigneur* nur den Richter in letzter Instanz verstanden, was im Gefüge der Lehenspyramide nicht nur Herzögen, Grafen und Baronen zukommt, son-

dern auch Vögten und Provinzparlamenten.⁸ Bei Bodin gibt es im Staat nur noch einen Souverän, und der ist souverän nicht als oberster Richter, sondern als alleiniger Gesetzgeber. Insofern ist er auch *legibus solutus*, vom Gesetz gelöst, absolut, wie es dann heissen wird – also dem hergebrachten Recht nicht unterworfen, da er es verändern kann. Das ist ein neuer Gedanke, denn im Mittelalter war altes Recht gutes Recht. Mit Bodin und der Ausbildung des frühneuzeitlichen Staates wird der Herrscher zusehends derjenige, der das Gemeinwohl in einer dynamisierten Gesellschaft sichert, indem er ohne Rücksicht auf Traditionen Gesetze modifiziert oder neu schafft.

Diese moderne Staatsvorstellung breitet sich vom – absolutistischen – Frankreich ausgehend über Europa aus. Bern mit seinen welschen Untertanenländern kommt dabei eine Scharnierfunktion zu, denn es geht nicht zuletzt darum, die staatsrechtliche Begrifflichkeit des Französischen in die Sprache der Deutschen zu übertragen, die vorerst weiter in reichsrechtlichen Kategorien denken. Die Bedeutung der französischen Sprache wird in einem Vertrag von 1560 greifbar, als Bern und Fribourg sich auf eine Aufteilung der bislang gemeinsam verwalteten Flecken Montevanant und Brit einigten. Dies geschieht, nachdem sich *der hohen oberkeyt halb (souveränite in des orths sprach genant) etwas spans* ergeben habe, wobei das Wort als Gegenbegriff zu den *mitlen und nidern gericht* gebraucht wird – also weiter auf das letztinstanzliche Blutgericht beschränkt bleibt.⁹ 1654 beansprucht dann Fribourg in einem ähnlichen Konflikt drei Achtel der *Jurisdiction und Souveränität* sowie *noch ein Haus* im Dorf Marnens. Bern gesteht ihm das eine Haus zu, im Übrigen aber nur die Jurisdiktion; die Souveränität sei dagegen vom Bistum Lausanne auf Bern übergegangen.¹⁰ Das ist die moderne Sichtweise: Souveränität ist unteilbar und umfasst alle anderen Herrschaftsrechte, die der Landesherr – also im eigenen Verständnis Bern – von anderen ausüben lassen kann, hier also von Fribourg. Der Übergang zum neuen Staatsverständnis zeigt sich analog im Saanenland, dessen Freiheiten die neue Berner Obrigkeit 1565 bestätigt, sofern sie ihre kaiserlichen Privilegien und Souveränität – im letztinstanzlichen Sinn – nicht beeinträchtigen.¹¹ Eine ganz andere Funktion erfüllt das Wort Souveränität 1644, als die Obrigkeit den jetzt als Untertanen bezeichneten Saanern das seit dem 15. Jahrhundert ausgeübte Statutarrecht abspricht, weil *Euer Gnaden inn dero ganzem Landt allein und einzig Souverain, und die macht hat, Gesaz und Statuta zemachen, und daß denen von Sanen keines wegs gebürt, ordnungen darwider zu statuiren* (→ S. 105).¹²

Wie gegen innen, so lässt sich das Argument der Souveränität auch gegen aussen einsetzen. Im eidgenössischen Zusammenhang hält Bern an der Tagsatzung von 1608 dafür, dass die kaiserliche Bestätigung der Regalien unnötig sei, da man die *Herrlichkeit* aus sich selbst habe und keineswegs vom Römischen Reich abhängen.¹³ Gegenüber Henri II d'Orléans-Longueville, immerhin ein Fürst von Geblüt und Pair de France, verteidigt Bern um 1665 den protokollarischen Vorrang: Der Graf von Neuenburg sei bis 1530 Vasall des Reichs gewesen, wogegen die Berner *Princes Souverains* seien, seit sie 1218 die legitime Nachfolge der Zähringer und später der Savoyer und Lausanner Bischöfe, ja sogar der burgundischen Könige angetreten hätten. Bern hänge allein von Gott ab, während der Fürst weiterhin dem französischen König untertan sei.¹⁴

Nachdem die Souveränität sowohl gegenüber den Nachbarn als auch im Umgang mit den ländlichen Untertanen angeführt worden ist, wird sie schliesslich zu einem Zankapfel innerhalb des Regiments selbst. Gegen das wachsende Übergewicht des Kleinen Rats beansprucht der Grosse Rat 1649, dass die höchste Gewalt bei ihm liege, *dem eintzig und allein politische, civilische und gerichtliche gesatz und ordnungen zu machen oder auffzuheben gebürt*. Die (Klein-) *rät und XVI* seien ein Glied im politischen Leib der Zweihundert und dürften sich nicht für *absolut* ansehen.¹⁵ In diese anhaltende Auseinandersetzung gehört Johann Rudolph Gatschets *Dissertatio politica de inclyta republica Bernensi* von 1676, die erste staatsrechtliche Beschreibung Berns. In dessen Aristokratie seien alle Amtsträger für sich in gewisser Hinsicht untertan – nämlich den Gesetzen. Nur als Ganzes habe die Obrigkeit (*Magistratus*) *summa & absoluta potestas, nullam agnoscens praeter Deum superiorem* – höchste und absolute Gewalt, die über sich niemanden ausser Gott anerkennt.¹⁶ Gatschet

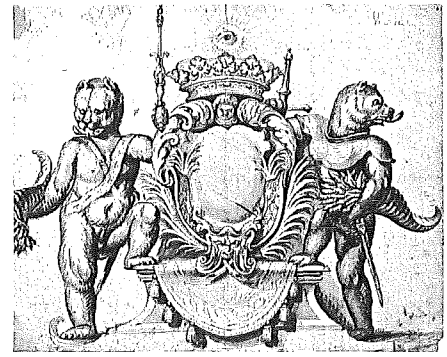


Abb. 103
Entwurf zum Mittelstück des Ostgiebelereliefs am Berner Kornhaus, Johann Rudolf Huber, 1715, Feder in Braun, 33,7×42,3 cm, BHM 29936.599. – Die Wappenkartusche ist auch ohne Zeichnung als Berner Standesscheibe zu verstehen, die seitlichen Bären tragen Füllhörner und Zepter bzw. Richtschwert. Darüber erhebt sich die Herzogskrone, die vom «Auge Gottes» überstrahlt wird.

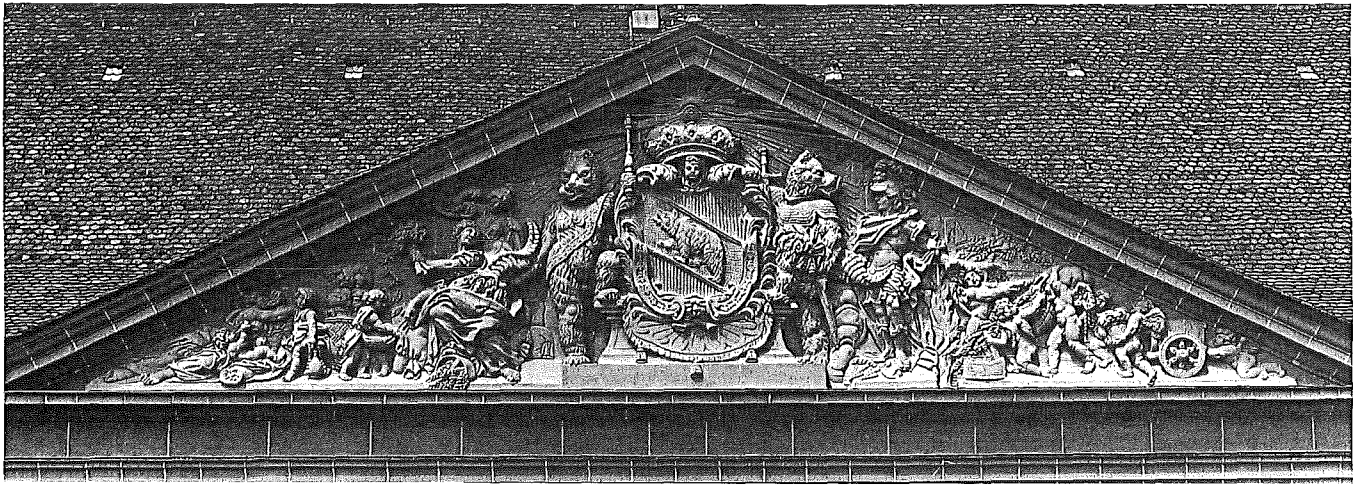


Abb. 104
Das ausgeführte Sandsteinrelief am Giebelfeld des Berner Kornhauses, nach dem Entwurf von Johann Rudolf Huber, 1716.

postuliert ein tendenziell liberales Freiheitskonzept, in dem – allerdings kollektive und ständisch abgestufte – Fundamentalrechte die Privatsphäre der Untertanen schützen.¹⁷ Gatschet stammt aus einer regimentsfähigen Familie, die aber nicht zu den führenden Berns gehört. Damit zählt er zu der Oppositionsgruppe unter den Burgern, welche der weiteren Oligarchisierung durch die Kleinräte Einhalt gebieten, aber zugleich in aristokratischem Selbstverständnis die Ansprüche jüngerer, nicht burgerlicher Familien entschieden abwehren.

Aus diesen Kreisen kommen Vorstösse, die dazu führen, dass eine Ständekommission zur Klärung der Zuständigkeiten eingesetzt wird und 1682 den Räten und Burgern ein Gutachten vorlegt.¹⁸ Nach erfolgter Diskussion wird *für den ersten und vornemmensten fundamental satz statuirt und geordnet, daß der höchste gewalt und landtsherrliche souveraineté, auch die oberste heerschaft, macht und pottmeßigkeit über dieses loblichens standes Bern Deütsch und Weltsche landt und leüth, geist und wellliche, burger, underthanen und einwohnere in stätten, fläken, dörrfern und höfen etc., zustehen und gebühren thue unß, den anfangs gedachten schuldtheißen, klein und groß räthen, genannt die zweyhundert der statt Bern, also und der gestalten, daß ußert gott dem allmechtigen wir über unß niemand erkennen, auch umb unsere handlungen wir niemandt rechenschaft zu geben schuldig sind. Hingegen sollen per consequens und unlaugbar uns zugehören alle regalia, jura maiestatis, rechte und gerechtigkeiten, auch einkunfften und ertragenheiten, was natur, namen und eigenschafften die seyen ...; das ist solche rechte und gerechtigkeiten, die durchgehends in allen wohlpolicirten ständen einem souverainen fürsten und obersten landesherrn als dem höchsten oberhaupt und gewalt competiren und zugehören thund.*¹⁹

Nicht allein der Grosse Rat, wie die oppositionellen Bürger gefordert haben, sondern mit ihm zusammen auch Schultheiss und Kleiner Rat sind als Träger der Souveränität genannt. Damit sind Letztere nicht bloss Amtsträger, doch wird zugleich klar gemacht, dass subalterne Beamte ihre Kompetenzen nur als Mandat erhalten und der höchsten Gewalt über ihre Handlungen Rechenschaft schulden. Der *Durchbruch zum staatlichen Denken im eigentlichen Sinn*²⁰ zeigt sich im Gutachten von 1682 auch sonst in der umfassenden und uneingeschränkten Definition der mit höchster Gewalt gleichgesetzten Souveränität – in erklärter Analogie zur monarchischen Herrschaft eines Landesfürsten. Gegenüber diesem Patrizierkollektiv werden alle Berner zu Untertanen; auch die einst am Regiment beteiligte Stadt(gemeinde) wird 1682 keines Wortes gewürdigt. Im revidierten «Roten Buch», der Sammlung der Grundgesetze, wird 1703 dann auch klar festgeschrieben, das *alle unsere fundamental-gesatz und ordnungen so lang völlige krafft und bestand habend sollend*, bis sie auf Vorschlag des Kleinen Rats und der Sechzehner durch eine Zweidrittelmehrheit des Grossen Rats *als den höchsten gewalt abgeenderet oder verbesseret* werden.²¹ Damit ist der souveräne Rat auch formal völlig frei, alles tradierte Recht aufzuheben und neues zu setzen. Gleichzeitig schliesst sich das im Grossen Rat vertretene «Patriziat»

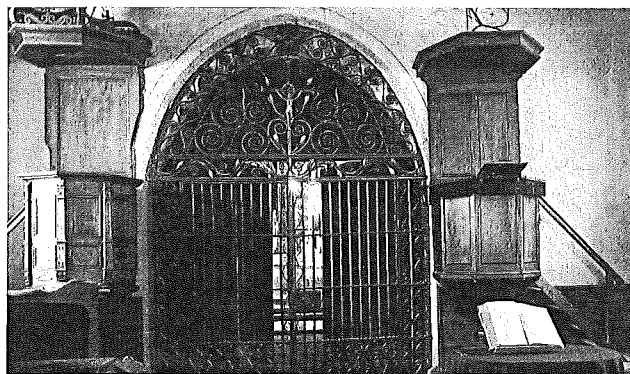
Vivre dans un bailliage mixte: le cas d'Orbe-Echallens

Territoire conquis pendant les Guerres de Bourgogne, racheté aux Confédérés par Berne et Fribourg, le bailliage d'Orbe-Echallens est administré conjointement par les deux Etats de 1476 à la fin de l'Ancien Régime, en dépit des nombreuses tentatives de Fribourg d'obtenir sa division. Aussi ses habitants vivent-ils sous le régime de l'alternative: une combinaison politique qui implique une subtile et systématique répartition des fonctions, seules les décisions prises en commun par Berne et Fribourg ayant force de loi. Rare témoin d'époque à en avoir laissé une appréciation personnelle, le conseiller d'Orbe Guillaume de Pierrefleur se félicite dans la chronique qu'il a rédigée vers 1556 d'un partage de souveraineté favorable au maintien des droits des habitants: *Et pour ce que violence ne fût faite à leurs dits sujets par leurs bailli et officiers, commis et députés pour la part des dits seigneurs de Berne et Fribourg, la coutume est qu'ils gouvernent leurs dits sujets par alternative, qui durait cinq années. Et quand le bailli était de Berne, la principauté et les dernières appellations allaient à Fribourg, et par réciproque, [...] qui causait de bien entretenir les dits sujets.*

Sans doute un tel système avait-il ses lenteurs. L'habitant d'Echallens, par exemple, qui demande en 1573 à être exempté d'une taxe qui le ruine doit attendre deux ans, soit la réunion de la conférence de Morat où le bailli rend compte de sa gestion aux députés des deux cantons pour apprendre... qu'en raison de la mauvaise conjoncture on ne demanderait aux pauvres que la moitié de la taxe. D'un autre côté, comme le suggère un mandat sur les mœurs de 1715, les habitants tendent à s'émanciper du contrôle du clergé, *les sujets se flattant réciproquement du changement d'alternative pour franchir dans l'une ce qui aura été ordonné pendant le cours de l'autre.* Ne profitent-ils pas incontestablement du rapport de forces existant entre leurs souverains? Ainsi n'est-ce vraisemblablement pas un hasard si les habitants d'Echallens obtiennent la plupart des droits et exemptions qu'ils sollicitent quand Fribourg a l'alternative.

Vivre sous la souveraineté partagée d'un canton réformé et d'un canton catholique a conduit

les habitants du bailliage à faire l'expérience d'un mode de vie encore peu répandu dans l'Europe de l'époque: celui de la coexistence religieuse. Un accord conclu entre Berne et Fribourg en 1532, *au grand désavantage des seigneurs de Fribourg*, comme le relève Pierrefleur, a introduit pour les administrés la procédure du «plus». Si la majorité des propriétaires de maisons d'une paroisse se déclarent en faveur du prêche, la messe est supprimée, tandis qu'en cas de victoire des partisans de la messe, le culte réformé est maintenu, et une nouvelle votation pouvait avoir lieu ultérieurement. Or, contrairement aux autres bailliages administrés communément avec Fribourg (Grasburg, Grandson et Morat), celui d'Orbe-Echallens voit se maintenir quelques communautés catholiques, dans les paroisses d'Assens, Bottens et Echallens, dont l'exercice de la religion est soutenu par Fribourg, appuyée par les Confédérés. Malgré ses efforts,



Eglise d'Assens, arche du chœur et grille de 1696, des deux côtés les chaires des communautés catholique et réformée. Etat avant 1936.

Berne ne parvient pas à y faire organiser de «plus».

Pour les habitants du bailliage, la mixité confessionnelle a plusieurs visages. Aussi longtemps qu'aucune votation n'a eu lieu, la liberté de conscience prévaut. Elle permet à un Guillaume de Pierrefleur, accompagné selon sa chronique, de cent-vingt coreligionnaires chaque dimanche, d'aller pendant plus de vingt ans (jusqu'en 1554) écouter la messe dans l'église catholique la plus proche, alors que la Réforme s'installe dans sa ville où prêchent Farel et Viret. Quoiqu'une votation favorable au prêche entraîne en principe la suppression de ce droit, il a subsisté dans quelques villages, tels que Penthéraz et Poliez-

le-Grand, dernières paroisses à avoir procédé au «plus», en 1619, où Berne a dû faire d'importantes concessions. Dans les paroisses à majorité catholique, l'exercice de la prédication réformée entraîne le partage des lieux de culte entre les deux confessions selon la formule du *simultaneum*. L'église abrite alors une chaire catholique et une chaire réformée, ce qui suscite de longues discussions chez les pasteurs notamment quant à l'orientation des bancs: les ministres d'Assens – désavoués par le gouvernement bernois – demanderont qu'on les détourne du chœur... A Echallens, la visite pastorale de 1654 révèle que le chœur et la nef ont été séparés par une clôture en bois. Ce qui n'empêche pas l'usage parfois commun d'objets liturgiques: à Bottens, le même calice servit à la messe et à la cène réformée. Clergé catholique et protestant apportent insensiblement aux lieux partagés des transformations soulignant leur identité re-

des guerres de Trente Ans et de Villmergen. Les contacts existants au sein de la population au-delà de la barrière confessionnelle mériteraient d'être étudiés de plus près. L'insistance avec laquelle le gouvernement bernois recommande aux pasteurs de garder leurs distances avec les curés, l'interdiction répétée pour les réformés de choisir parrains et marraines catholiques, comme celle de participer aux fêtes catholiques, et, finalement, en 1716, l'interdiction des mariages mixtes révèle quelques-unes – et visiblement les plus problématiques du point de vue de l'autorité – des zones de contact entre les deux confessions tout au long des XVI^e et XVII^e siècles.

La mixité et la présence simultanée, dans des limites bien définies, de l'exercice des deux religions, s'accompagne au civil d'un principe de parité confessionnelle parfois poussé à l'extrême. Il marque la composition des magistratures et des autorités villageoises. Catholiques et protestants figurent en nombre égal dans les tribunaux. Les conseils de villages devaient également comprendre autant de représentants de l'une et de l'autre religion. Jusqu'aux procédures d'admission à la bourgeoisie sont régies de cette manière. Admis au nombre des bourgeois de Bottens en 1713, Jean-Jacques Jorand voit ainsi son acte de réception stipuler que, *puisque'il fait profession de la foi catholique romaine, il a été expressément réservé entre tous les dits Communiers de l'une et de l'autre des Religions pour conserver une juste égalité entre eux que le premier bourgeois et communier qui sera reçu au dit Bottens devra être de la Religion réformée et ne pourra être refusé par les dits communiers catholiques, leur étant présenté par les réformés moyennant qu'il soit homme de probité.*

Qu'un tel système ait fonctionné, qu'il ait perduré au siècle du raidissement confessionnel et au lendemain de la Révocation de l'Edit de Nantes suscite quelque étonnement, voire une pointe d'admiration.

Bibliographie: Dupraz, Plus; Ebener, Orbe-Echallens; Grandjean, Temples vaudois; Jaquemart, Echallens; Matzinger Pfister, bailliages communs; Pierrefleur, Mémoires.



Abb. 105
Joseph Werner, *Richtgewalt und Weisheit*,
KM BE 862.

zusehends gegenüber den an sich regimentsfähigen, aber «kleineren» Bürgerfamilien ab, indem es sie bei der Kooptation durch *Bürgerbesetzungen* zugunsten von eigenen Familienangehörigen übergeht.

Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet 1682 die Süd- und Eingangsseite der Bürgerstube im Rathaus neu gestaltet wird. Humbert Mareschet hat 1585 mit Skiluros (Abb. 106), Salomon (→ S. 141) und dem Bundesschwur (Abb. 90) das herkömmliche Bild des gerechten, also rechtsprechenden Herrschers verewigt und die Berner Staatlichkeit als Teil des eidgenössischen Bundes dargestellt. Im Unterschied dazu bildet 1682 die eine, souveräne Republik das Programm von Joseph Werner (Frontispiz und Abb. 105). Auf der rechten Tafel hält eine weibliche Figur mit Palme, Lorbeerkranz und Beil die Symbole für Belohnung und Strafe. Die Allegorie stellt also nicht eine herkömmliche, rechtsprechende Justitia dar, sondern eine handelnde, exekutive Gewalt, in Bern der Kleine Rat, der vom Grossen Rat, dem weisen Alten samt Eule zu seiner Rechten, beraten wird. Ausgerichtet sind beide Institutionen auf die zentrale Figur der linken Bildtafel, wo die ständische Gesellschaft erfasst ist (Frontispiz). Mit Wappenschild und gestrecktem Schwert dominiert Berna das Bild: der herrschende und schützende (Frei-)Staat. Ebenso gewappnet ist der kräftige Bär rechts hinter ihr, der Wehrstand, während die Frau links mit dem Kelch als Fides die Kirche und die Geistlichkeit als Lehrstand repräsentiert. Vorne links, zu Füssen der Berna, sitzt die Personifikation von Bernerland und -volk als *Gratitudo* mit reichem Füllhorn. Sie hält Berna die phrygische Mütze als Symbol der Freiheit hin, das dem Schutz der Obrigkeit anvertraut wird.²² Ikonografische Parallelen erinnern bei dieser Szene an Maria als Himmelskönigin und Beschützerin.²³ Noch prägender für Berna ist aber das ikonografische Vorbild der Minerva. Wie Maria ist sie eine Jungfrau, und die wehrhafte Jungfrau repräsentiert die souveräne Republik, die sich gegen ungeliebte Freier – nämlich fremde, monarchische Eroberer – keusch zu halten weiss. Dieses von niederländischen und venezianischen Vorbildern beeinflusste Motiv taucht in derselben Zeit, im letzten Drittel des 17. Jahrhunderts, nicht nur als «Helvetia» in der Eidgenossenschaft auf, sondern auch als Staatspersonifikation von Stadtorten: auf Medaillen in Basel oder Genf, in den Rathäusern von Zürich und Luzern.²⁴

Abb. 106
König Skiluros und seine Söhne, Teil der
Ausstattung der Bürgerstube im Rathaus
von Humbert Mareschet, 1585, Öl auf
Leinwand, 147×252,5 cm, BHM Inv. 285.
– Schon Äsop und Plutarch erzählten die
Fabel von Skiluros, dem König der Sky-
then. Hier versammelt er seine 13 Söhne
(eine Anspielung auf die Eidgenossen-
schaft) und zeigt ihnen, wie man den Ein-
zelnen, durch einen Stab symbolisiert,
wohl brechen kann, dass aber die zusam-
mengegebenen Stäbe nicht zu brechen
sind. Die Inschrift lautet: «Ein stab bricht
ring / ein Bundt bestah / Syt einig kindt /
Das ist my Raht.»



Um ihre aristokratische Souveränität zum Ausdruck zu bringen, wählen diese Städte gleichzeitig auch den offiziellen Titel «Republik», der auch für die Eidgenossenschaft als Ganzes in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts üblich wird. Zwar ist das lateinische *Respublica Bernensis* bereits im 15. Jahrhundert aufgetaucht, doch damals noch mit *unser gemeind* übersetzt worden – *respublica* heisst im Lateinischen noch lange generell «Gemeinwesen» oder moderner «Staat».²⁵ Auf Französisch ist der Titel vergleichsweise früh belegt, so 1617 in einem Vertrag mit Savoyen: *Republique et Canton de Berne*.²⁶ Auffällig rasch, gerade im Vergleich zu den übrigen Deutschschweizer Kantonen, erfolgt die Übernahme in die Volkssprache: Schultheiss und Räte geben 1615 eine Anleitung zur Militärreform nicht nur auf Französisch für die *Republique de Berne* heraus, sondern auch auf Deutsch zum *Nutz und Gebrauch der Loeblichen Republic zu Bern*.²⁷ 1634 müssen die einberufenen Truppen schwören, *einer loblichen respublic der statt Bern, als unseren gnädigen herren (...) zu dienen*.²⁸ Wendungen wie *Statt undt Republic Bern* finden sich bis 1680 regelmässig, doch danach ist wieder zurückhaltender von der *Statt Bern* die Rede, und selbst auf Französisch schreibt man *ville de Berne*.²⁹ Erst am 24. August 1742 erfolgt die amtliche Weisung an die Staatsschreiber, in allen Briefen, *so außert loblicher Eydgnoßschaft versent werden (...) der unterschreibung «schultheiß, klein und grossräht der statt und respublic Bern» sich zu bedienen*.³⁰ Vorangegangen ist ein protokollarischer Disput mit der vorderösterreichischen Regierung. Dies zeigt, ebenso wie die Beschränkung der neuen Formel auf nicht schweizerische Staaten, dass der Titel «Republik» sich gleichsam von aussen aufdrängt, wenn der angemessene völkerrechtliche Status gewahrt werden soll, während die Eidgenossen untereinander bis 1798 bei den herkömmlichen Titulaturen verbleiben werden.³¹

Ebenfalls von aussen kommt der Anstoss zu einer symptomatischen Debatte über das Berner Siegel (Abb. 107 f.). Herkömmlich zeigt dieses einen Bären und darüber – seit 1315 – den Reichsadler. Seit 1467 sind ein grosses und ein gleich gestaltetes kleines Siegel im Gebrauch; das grosse trägt die Umschrift *SIGILLUM MAIUS CIVIUM BERNENSIVM*, das kleine *SIGILLUM MINUS COMMUNITATIS VILLE BERNENSIS*. 1678 liefern ein Stempelschneider namens G. Poumarede und 1681 der aus Rouen stammende Graveur Gabriel Le Clerc dem Rat je einen Entwurf für ein neues Siegel. Auf beiden Siegeln fehlt der Reichsadler über dem Bär, und die Umschrift lautet *SIGILLUM MINUS REIPUBLICAE BERNENSIS*. Aus unbekanntem Gründen werden die Siegel nie in Gebrauch genommen.³² Am 14. September 1714 werden Seckelmeister und Venner jedoch vom Rat beauftragt zu erwägen, *daß by dißmahliger gestalt-samme hiesiger souveraine republic nit mehr gezimmdend seye, auf dem ehren-wappen deß standts den Reichsadler zuführen*. Die Vennerkammer schlägt darauf in ihrem Gutachten vor, *daß ja dieser Reissadler [sic] bey gegenwertigen Zeiten, da schon seit viel und langer Zeit Bern kein Reichsstatt mehr, sondern allerdings independente und souveraine Statt ist, an allen Enden und Orten Er. Gnaden Bottmäßigkeit, da etwas repariert und neuw gebauwet, geschnitzt oder gemacht wirt, nach und nach abgeschaffet und außgelaßen werden soll*. Ausserdem solle vom kommenden Jahr an Le Clercs Siegel das alte ersetzen, das *bißhero auß sonderer Modestie* gebraucht und abgenutzt worden sei. Die Zweihundert folgen dem Gutachten jedoch nicht, sondern beschliessen am 19. September, in dieser Sache *auß gewalteten politischen Considerationen* vorerst nichts zu unternehmen.³³ Doch wenig später beantwortet der französische Regent das Berner Kondolenzschreiben zum Tode von Louis XIV mit der Adresse *Messieurs de la Ville de Berne*. Der Rat führt diese *ohngewohnte Titulatur* auf die Umschrift des Siegels zurück und beschliesst, zumal auch der Reichsadler auf dem Siegel *zum öffteren einen Anstoß erweckt* habe, am 18. Dezember 1715, vom kommenden Jahr an ein neues Siegel zu verwenden. Der Rat wählt am 9. Juli 1716 für das – kleine – *Ordinari Siegel* ein *model mit einem Bären ohne Support mit einer herzoglichen Cron versehen*.³⁴ Auf dem grossen Siegel tragen die beiden Bären Regentenstab und Schwert und stützen das Wappen, hinter welchem eine Säule mit einem Baldachin die Herzogskrone trägt – ähnlich wie das gleichzeitige Giebelfeld des Kornhauses. Die Umschrift lautet *SIGILLUM MAIUS REIPUBLICAE BERNENSIS*.



Abb. 107
Gabriel Le Clerc, Siegel von 1681.



Abb. 108
Siegel von 1716 an einer Urkunde von
1721, StAB F. Aarwangen, 13. I. 1721.